

Alles im grünen Bereich?



Die offizielle Eröffnungsfeier zur Grünen Hauptstadt Europas findet am 22. Januar im Grugapark statt. (Foto: Rupert Oberhäuser/oberhauser.com)

Am 18. Juni 2015 wurde Essen von der Europäischen Kommission zur „Grünen Hauptstadt Europas 2017“ gekürt. In diesem Jahr soll die Ruhrgebietsstadt zeigen, wie der Strukturwandel von Kohle und Stahlgewinnung hin zur grünsten Stadt NRW gelungen sei. Dafür will sich Essen feiern. Aber nicht alle Bürger*innen sind in Partystimmung. Besonders Bewohner*innen aus Essen-Kray treten dem mit Unverständnis gegenüber. Dort kann man nach wie vor nicht mal selbstangebautes Gemüse bedenkenlos essen.

Mit dem Titel „Grüne Hauptstadt Europas“ wird von der Kommission eine europäische Stadt ausgezeichnet, die hohe Umweltstandards erreicht hat und weitere Verbesserungen in Sachen Nachhaltigkeit und Umweltschutz anstrebt. Essen löst damit die slowenische Hauptstadt Ljubljana ab und zum ersten Mal wird eine ehemalige Montanindustrie-Stadt ausgezeichnet. In Anbetracht der Arbeitslosenquote, die im Essener Norden doppelt so hoch liegt wie der Landesdurchschnitt, bleibt aber fraglich, wie gut der Strukturwandel vonstatten ging.

Die Verantwortlichen jedenfalls haben sich hohe Ziele gesteckt. Auf der offiziellen Homepage der „Green Capital“ Essen sind insgesamt zwölf Punkte aufgelistet. Unter anderem geht es um den Klimawandel, mit der Zielsetzung, dass die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gesenkt werden sollen, bis 2050 sogar um 95 Prozent. Auch die Integration von Naturschutz in Land- und Forstwirtschaft sowie Siedlungsentwicklung steht auf der Agenda. Wie genau das realisiert werden soll, ist noch unklar.

Die Stadt möchte in diesem Jahr auch Freizeitangebote weiter ausbauen. Im Sommer soll es nach 46 Jahren wieder erlaubt werden, im Baldeysee zu baden. Das war in der Vergangenheit of-

fiziell wegen der hohen Schadstoffbelastung nicht möglich. Der Baldeysee hatte unter anderem die Aufgabe, als Absenkebecken für Schwebstoffe in der Ruhr zu dienen. Doch in den vergangenen Jahren hatte sich die Wasserqualität derart verbessert, dass nun eine Badestelle eingerichtet werden könne. „Baden in der Ruhr ist eines der emotionalsten Projekte im Grüne-Hauptstadt-Jahr. Ein Frühwarnsystem macht möglich, dass wir ab Mai 2017 eine erste Pilotbadestelle eröffnen können“, sagt Umweltdezernentin Simone Raskob. Das Frühwarnsystem erkenne, ob die Wasserqualität gut genug sei, um baden zu können.

Kritik von BUND

Die Naturschutzorganisation BUND hat sich gegenüber der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* jedoch skeptisch über die Auszeichnung Essens als „Grüne Hauptstadt“ Europas geäußert. Das Anliegen des Titels sei zwar positiv anzusehen, Dirk Jansen von BUND erklärt jedoch: „Allerdings zeigen die Erfahrungen zum Beispiel in Hamburg, dass Anspruch und Wirklichkeit häufig nicht übereinstimmen. Ob beim Verkehr, dem Landschafts- und Naturschutz oder der Baupolitik – allenthalben gibt es nach BUND-Einschätzung große Defizite.“

Der Titel „Grüne Hauptstadt Europas“ wird auch in weiten Teilen von Kray mit Unverständnis hingenommen. Denn dort kämpft seit mehr als 20 Jahren eine Bürger*inneninitiative gegen den dort ansässigen Recyclinghof. 1962 hatte die Firma Richter mit Schrotthandel angefangen und sich vor einigen Jahren auf Recycling und Kupfergewinnung, unter anderem aus Elektromotoren, spezialisiert.

Was die Bürger*inneninitiative schon seit Jahren vermutet, ist nun vergangenes Jahr durch die Behörden bestätigt worden: Die Belastungen mit PCB im Umkreis des Recyclinghofs sind um das 20-fache höher als der vorgegebene Richtwert. Die Behörden haben schon vor einiger Zeit eine Nicht-

Im Visier der Polizei



Die vergangene Kölner Silvesternacht steht im Zeichen von institutionellem Rassismus. Ein neues Problem? **Seiten 4 und 5.**

Unter Beobachtung des Regimes



Arash und Anoosh aus Teheran wollen ihren Traum vom DJ in Freiheit leben. *Ravig Iran* porträtiert sie. **Seite 6**

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

verzehrempfehlung für selbst angebautes Gemüse unweit der Firma Richter ausgesprochen und somit der Initiative recht gegeben, die den Hof schon lange als Quelle des Giftes ausgemacht hatte. Hauptverantwortlich seien zwei Schredderanlagen auf dem Gelände. Ende 2016 gab das Unternehmen Richter bekannt, die Anlagen zu schließen. Polychlorierte Biphenyle (PCB) sind giftige und krebserregende organische Chlorverbindungen, die bis in die 80er-Jahre vor allem in Transformatoren, elektrischen Kondensatoren, Hydraulikanlagen als Hydraulikflüssigkeit sowie als Weichmacher in Lacken, Dichtungsmassen, Isoliermitteln und Kunststoffen verwendet wurden.

In einer Stellungnahme der Bürger*inneninitiative Kray Bürger gegen „Gift-Schredder“ heißt es: „Proteste der Bürgerinitiative gegen unzureichendes Behördenhandeln, Infoveranstaltungen und eine kämpferische Demonstration vor einem Jahr führten zu mehr Medienöffentlichkeit. Der Druck erhöhte sich vor allem auch durch die Kritik, dass die PCB-Vergiftung in Kray völlig im Widerspruch steht zur „Grünen Hauptstadt Europas“. Nun soll Essen zeigen, wie der Titel die Stadt verändern wird, um eine lebenswertere und umweltfreundlichere Stadt zu werden. **[mehu]**

Keine Sitzung - kein neuer AStA?

Kommentar

Schnellschuss Debatte

Ein Kommentar von Meiko Huismann

In Zeiten von „Fakenews“ (Propaganda) und Shitstorms in Sozialen Medien sind die Medienmacher*innen vorsichtig geworden mit dem Umgang ihrer Zielgruppe. Jeder Tweet und jedes Posting wird mehrmals überprüft, bevor es veröffentlicht wird um ja nichts abzubekommen. Ganz untergegangen sind Debatten, die von Journalist*innen selbst inszeniert werden. Der journalistische Taschenpieler*innentrick hat vergangene Woche wieder Anwendung gefunden.

Ein Journalist der *Deutschen Presse Agentur* hat den Stiftungspräsidenten vom Haus der Geschichte, Hans Walter Hütter, interviewt. Ihm wurde die Frage gestellt, ob das Haus der Geschichte erwägt, den LKW, mit dem der Attentäter Anis Amri am 19. Dezember in den Berliner Weihnachtsmarkt gefahren ist, in die Dauerausstellung des Bonner Museums aufzunehmen. Die implizite Frage generiert eine Meldung, wo gar keine Meldung ist. Und schon diskutiert ganz Deutschland, ob der LKW ins Museum gehört oder nicht.

Doch die Debatte darüber hat ihre Berechtigung. Denn zum Beispiel sind zerstörten World Trade Centers von den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York auch ausgestellt. Aber der frühe Zeitpunkt der jetzigen Debatte dürfte für die Angehörigen der Opfer fürchterlich sein. Kaum wurden die Menschen beerdigt, soll das Mordwerkzeug schon hübsch ausgeleuchtet ein Teil zur deutschen Geschichte beitragen.

Dann sollen sich so schnell wie möglich viele Schulklassen gelangweilt an dem LKW vorbei drängeln. Und Islamist*innen können damit ihrem Märtyrer ganz nah sein und bekommen kostenlose Propaganda.

Gleichwohl, der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt mit zwölf Todesopfern hat auf traurige Weise deutsche Geschichte geschrieben. Ob der LKW ins Museum kommt oder nicht, müssen andere Menschen entscheiden. Nicht aber ein*e Journalist*in, die*der eine Schlagzeile für die morgige Ausgabe braucht. Schon gar nicht so kurz nach einem Anschlag. Übrigens: Inzwischen ließ das Haus der Geschichte verlauten, sich nicht um den LKW bemühen zu wollen.

Noch immer hat sich nach den Studierendenparlamentswahlen im vergangenen November kein neuer Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA) gebildet. Das könnte auch auf absehbare Zeit so bleiben, denn die Sitzungen des Parlaments, auf denen der AStA eigentlich gewählt wird, musste abgesagt werden. Der Grund: Formfehler. Jetzt drängt die Zeit, denn bis zum 7. Februar muss laut Satzung eine neue Studierendenvertretung gefunden werden.

„Das ist jetzt leider schon die zweite Sitzung, die abgesagt werden muss“, sagt Fabian Franken, der erst Anfang Dezember für die Grüne Hochschulgruppe (GHG) in das Präsidium des Studierendenparlaments gewählt wurde. Zuvor hatte der Vorsitz des bisherigen AStAs, Joey Strasdat und Marcus Lamprecht (beide GHG), die Einladung zu beiden Sitzungen beanstandet.

Für die am 22. Dezember geplante Sitzung hätte laut Vorsitz eine Beanstandung erfolgen müssen, weil weder der bisherige AStA noch alle Parlamentarier*innen vom neuen Präsidium eingeladen wurden: „Wie soll man denn auch eine Parlamentsitzung machen, wenn nicht mal alle Parlamentarier*innen eingeladen wurden?“, fragt AStA-Vorsitzende Joey Strasdat. Präsidiumsvorsitzender Franken begründet die fehlerhafte Einladung derweil damit, dass vom Wahlausschuss zumindest nicht alle E-Mail-Adressen der Parlamentarier*innen dem Gremium mitgeteilt worden waren. Außerdem habe es IT-Probleme gegeben, die in den Weihnachtsferien nicht einfach hätten behoben werden können.

Zur für den 12. Januar geplanten Sitzung waren zwar der AStA und das StuPa vom neuen Präsidium ordnungsgemäß zehn Tage vor der Sitzung eingeladen worden – aber die Sitzung wurde mit keinem Aushang oder einer Ankündigung im Netz hochschulöffentlich gemacht. „Andere Hochschulgruppen oder interessierte Studierende konnten also gar nicht wissen, dass die Sitzung stattfindet“, begründet Strasdat die zweite Beanstandung.

Sitzung verzögern um Abwahl zu verhindern?

Die Liberale Hochschulgruppe (LHG) wirft dem derzeitigen AStA auf Facebook derweil ein Taktieren vor: „Wir haben langsam die Sorge, dass die beiden großen AStA Listen die nächste StuPa Sitzung bewusst verzögern wollen – vielleicht um Neuwahlen zu erzwingen?! Ein solches Vorgehen wäre höchst undemokratisch und respektlos.“ Die LHG kritisiert beide grüne Präsidiumsmitglieder wegen schlechter Arbeit und schließt das Mitglied der Internationalen Liste (IL), das ebenfalls neu



So könnte sie aussehen: Die vergangene Sitzung des Studierendenparlamentes am 8. Dezember 2016. (Foto: mac)

im Gremium ist, ausdrücklich von ihrer Kritik aus. Weiter schreibt die Liste, man hätte am 12. Januar einen neuen AStA wählen wollen, aber: „plötzlich jedoch hängt die Einladung nicht hochschulöffentlich aus.“

Anfang Dezember hatte es Gerüchte gegeben, dass die beiden neuen Hochschullisten IL und Antihelden gemeinsam mit der LHG sowie den Unabhängigen Demokraten den amtierenden AStA abwählen und gemeinsam einen Minderheiten-AStA hätten stellen wollen (aktuell berichtete). Doch auf der konstituierenden Sitzung wurde die Wahl der neuen Studierendenvertretung überraschend vertagt (aktuell berichtete).

Der AStA-Vorsitz weist die Vorwürfe zurück und begründet seinen Einspruch so: „Wenn zu Sitzungen nicht ordnungsgemäß geladen wird, sind alle Beschlüsse anfechtbar“, erklärt Strasdat. Schlimmstenfalls hätte also ein komplett neuer AStA auf der Sitzung gewählt werden können – aber die Beanstandung einer Einzelperson hätte den Beschluss zunichte machen können. „Wir sehen uns da in der Pflicht zu beanstanden. Selbst wenn es einen neuen AStA geben sollte, dann sollten sie nicht mit einem Chaos in die neue Wahlperiode starten müssen“, so AStA-Vorsitzende Strasdat.

Jetzt dauert der Schwebezustand – keine Sitzung, kein neuer AStA – zumindest eine weitere Woche an. Das Präsidium hat nun für Donnerstag, 19. Januar ab 18.30 Uhr, auf den Campus Duisburg zur nächsten Studierendenparlamentssitzung geladen. Ob dann tatsächlich eine neue Studierendenvertretung gewählt wird, ist aber noch unklar. Die neuen Parlamentarier*innen werden sich aber zumindest den 7. Februar im Kalender rot umkreist haben. Denn wenn bis dahin kein neuer AStA gefunden wird, muss das gesamte Studierendenparlament neu gewählt werden. [mac]

(Un)sicheres Afghanistan?

Am 14. Dezember 2016 startete die Bundesregierung mit den Abschiebungen von abgelehnten afghanischen Geflüchteten. Insgesamt 34 Personen wurden in ihr Heimatland ausgeflogen. Weitere sollen schon in diesem Monat folgen. In der rot-grünen Koalition NRWs zeigen sich diesbezüglich aber große Unstimmigkeiten. Ist Afghanistan ein sicheres Herkunftsland? Ein Hintergrundbericht.

Außenreporter Albrecht Humboldt (Alexander Schubert) steht in der ZDF-Satire-Sendung *Heute Show* auf einer Anhöhe im Norden Afghanistans. Im Hintergrund sind eine Stadt und Berge zu sehen. Das Dunkel der Nacht wird aus einer Mischung von Straßenbeleuchtung und heftigem Beschuss durchbrochen. Rauchschwaden von Explosionen ziehen sich über das Stadtbild. Der Reporter duckt, dreht und wendet sich, blinzelt in die Kamera. „Wie sicher ist es denn da?“, möchte Oliver Welke wissen. „Herr Welke, da muss man differenzieren“, ruft Humboldt lautstark ins Mikro: „Sicher, da hinten ist Krieg – und da auch – und da drüben. Aber wo ich stehe, also von hier bis hier. In dieser ganzen Region, da ist überhaupt nichts!“ Im Clip vom 30. Oktober 2015 zeigt sich die Absurdität und Unmenschlichkeit hinter den Abschiebungen nach Afghanistan. Über ein Land in dem Krieg und Terror herrschen, äußerte sich Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) nur wenige Tage zuvor: „Es sind viele, viele Summen von Entwicklungshilfe nach Afghanistan geflossen, da kann man erwarten, dass die Afghanen in ihrem Land bleiben.“ Ein Land, in dem sich de Maizière selbst aber nur in schutzsicherer Weste fortbewegte.

Knapp 14 Monate später hält er weiter an seiner Vision fest: „In verschiedenen Gebieten ist die Sicherheitslage für die afghanische Zivilbevölkerung hinreichend sicher“, begründet er die Abschiebungen von bisher 34 nach Deutschland geflüchteten Menschen. Geographische Teilbereiche des Landes seien laut de Maizière sicher.

Recherche vor Ort

Das Team der ARD-Sendung *Monitor* hat sich in der Ausgabe vom 8. Dezember 2016 genauer mit den vermeintlich sicheren Gebieten Afghanistans befasst. Die Provinz Balkh im Norden des Landes sei angeblich einer dieser sicheren Orte. Schon zu Beginn des Beitrags stellt Moderator Georg Restle fest: „Hier soll es laut Bundesregierung also sicher sein; für Flüchtlinge, für uns nicht. Alleine können wir uns hier nicht bewegen. Um zu recherchieren, sind wir auf schwer bewaffnete lokale Milizen angewiesen.“ Entgegen mancher Darstellungen kämpfte die Taliban auch hier und habe zahlreiche Menschen in die Flucht getrieben. Der Paschtune Abdessalam erklärt gegenüber *Monitor*: „Die Sicherheitslage ist im Vergleich zum vorigen



Noch diesen Monat: Die Abschiebungen geflüchteter Menschen nach Afghanistan sollen laut Bundes- und NRW-Innenministerium fortgeführt werden. (Foto: rod)

Jahr schlechter geworden. Früher gab es hier keine Bombenanschläge. Seit letztem Jahr gibt es immer Explosionen.“ Und weiter: „Man kann nicht sagen, dass es hier sicher ist. Es gibt in der ganzen Provinz Balkh keinen einzigen Ort, der wirklich sicher ist. Alle Distrikte haben Probleme.“ Die Menschen vor Ort, die Eindrücke des Kamerateams und die Bilder sprechen eine andere Sprache als die Bundesregierung.

Laut Bundesinnenministerium soll noch diesen Monat ein weiterer Flug mit Geflüchteten gen Afghanistan starten. In Medienkreisen spekulierte man bereits, dass dies am vergangenen Samstag, 7. Januar, vonstatten gehen sollte. Dies schien jedoch nicht der Fall zu sein. In Frankfurt und Hamburg versammelten sich dafür jeweils rund 800 Demonstrant*innen, die sich für einen Abschiebestopp stark machten. Der Zentralrat der afghanischen Hindus und Sikhs in Frankfurt sowie der Hindu Tempel und die afghanische Hindu Gemeinde in Hamburg machten auf den jeweiligen Veranstaltungen auf die Gefahr für religiöse Minderheiten aufmerksam, jedoch sei das Land aber generell „für niemanden sicher“, so Sprecher Ravinder Singh Bewas gegenüber der Hessenschau. Auch in Köln soll voraussichtlich am 21. Januar eine Demonstration gegen das Vorhaben der Bundesregierung geplant sein.

In der rot-grünen Koalition des Landtags Nordrhein-Westfalen zeigte Monika Düker (Grüne) die wohl empörteste Reaktion auf die ersten Abschiebungen im Dezember: Ihren Unmut darüber und die geplanten Fortführungen äußerte sie in ihrem Rücktritt von ihrem Amt als flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion. Sie halte die Vorhaben des Innenministeriums für „menschenrechtlich nicht verantwortbar“. Düker wird aber weiter für die Grünen im Landtag sitzen. Generell zeigte sich der Grüne Landesverband empört über die Entscheidung des Innenministeriums. Der zuständige Minister Ralf Jäger (SPD) war daraufhin gewillt, künftig eher über etwaige Vorhaben zu informieren, spricht sich aber weiter

hin für Abschiebungen nach Afghanistan aus. Laut Rheinischer Post suchen Sylvia Löhrmann (Grüne) und Jäger aktuell nach einem Kompromiss in Sachen Abschiebep Praxis. Laut Monika Neubaur, Vorsitzende Grüne NRW, lehnen diese – Löhrmann eingeschlossen – Sammelabschiebungen nach Afghanistan jedoch ab. Es bleibt abzuwarten, ob es zu einem Kompromiss kommt und was dieser für die Koalition bedeuten wird.

Platz vier der gefährlichsten Länder

Der Global Peace Index 2016 stuft Afghanistan weiter als unsicher ein. Von 163 in der Bewertung berücksichtigten Ländern sei es das viertgefährlichste. Auch das Auswärtige Amt warnt dringend vor einer Reise nach Afghanistan: „Wer dennoch reist, muss sich der Gefährdung durch terroristisch oder kriminell motivierte Gewaltakte bewusst sein.“ Weiter heißt es: „Für zwingend notwendige berufliche Reisen nach Afghanistan gilt: Der Aufenthalt in weiten Teilen des Landes bleibt gefährlich. Jeder längerfristige Aufenthalt ist mit zusätzlichen Risiken behaftet. (...) Zudem sollte der Aufenthalt auf der Basis eines tragfähigen professionellen Sicherheitskonzepts durchgeführt werden.“

Längerfristige Aufenthalte erwartet auch die abgeschobenen Geflüchteten. Dass diese sich auf Dauer ein professionelles Sicherheitskonzept leisten können, ist fraglich bis unwahrscheinlich. Ein Aufenthalt – ganz egal von wem – wird als unsicher eingestuft. Eine Differenzierung wie nach de Maizière wird hier nicht angewendet. Im Gegenteil: „In ganz Afghanistan besteht ein hohes Risiko, Opfer einer Entführung oder eines Gewaltverbrechens zu werden. Landesweit kann es zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und andere Gewaltverbrechen kommen“, lautet der Appell des Auswärtigen Amtes. Wie zynisch muss es auf Betroffene wirken, wenn derart widersprüchliche Aussagen zweier Ministerien der Bundesrepublik aufeinandertreffen? [caro]

Institutioneller Rassismus, nicht nur an Silvester



Polizei und Konfetti: Samstag demonstrierte „Köln gegen rechts“ gegen die Instrumentalisierung von Silvester. (Foto: rod)

Wieder Silvester, wieder Köln – aber eine andere Diskussion. Seit dem Jahreswechsel wird in Medien und Gesellschaft über die Notwendigkeit des Polizeieinsatzes und Racial Profiling debattiert. Nach langer Zeit kommen nun auch Betroffene zu Wort, die von der Polizei aufgrund ihres Aussehens in der Vergangenheit massiv kontrolliert wurden. Köln 16/17 hat gezeigt: Institutioneller Rassismus ist kein neues Phänomen, aber eines über das gesprochen und das kritisiert werden muss.

Rechts blond, links dunkelhaarig. Die Schilderung von den von Polizeikontrollen betroffenen Menschen verbreiten sich derzeit im Netz. Einer, der ebenfalls gesprochen hat, ist Murat Ünal. Er beschreibt den Jahreswechsel so: „Als wir kurz darauf am linken Ausgang des Kölner Hauptbahnhofs angekommen waren, lotste uns eine Polizistin dann doch wieder zum rechten Ausgang. Dort angekommen merkten wir, dass sich am linken Ausgang – im Gegensatz zum rechten – nur Menschen mit dunklen Augen, Haaren, Bärten oder dunkler Hautfarbe befanden. Auf die Frage, wieso wir denn den rechten Ausgang nehmen mussten, antwortete der Beamte wie folgt: ‚Weil ihr gründlich durchsucht werdet!‘“

Über eine Stunde lang musste Ünal bei klirrender Kälte in einem Kessel mit von ihm geschätzten etwa 1.000 weiteren Menschen vor dem Kölner Hauptbahnhof ausharren. Inklusiv dem Jahreswechsel: „Mein bester Freund und ich umarmten uns und wünschten uns ein frohes neues Jahr. Um 00:01 Uhr sahen sich die Beamten an. Einer von ihnen sagte: ‚Nun können wir sie ja freilassen.‘ Woraufhin sie die Menschenmenge endlich Richtung Kölner Dom laufen ließen.“

Die Einsatzkräfte rechtfertigen den Kessel nach Haarfarbe wie folgt: Die Männer seien in größeren Gruppen unterwegs gewesen, hätten getrunken und wären mit einer „gewissen Grundaggressivität“ aufgetreten. Belege wie Fotos oder Filmaufnahmen einer aggressiven

Menge gab es trotz massiver Medienpräsenz allerdings nicht – nur gegenteilige Aussagen von Journalist*innen. Außerdem hätten die Männer für die Polizei ohnehin zum „fahndungsrelevanten Klientel“ gehört. Eine Umschreibung dafür, dass sie dem Großteil der mutmaßlichen Täter, die im vergangenen Jahr auf der Domplatte Frauen sexuell belästigt hatten, ähnlich gesehen hätten. Man hätte die Personalien kontrollieren und damit auch Straftäter der vergangenen Silvesternacht feststellen wollen.

Laut eigener Aussage sei Ünal aber weder durchsucht noch seine Personalien festgestellt worden. Er beurteilt das Handeln der Polizei deshalb so: „Diese Möglichkeit wurde einfach schamlos ausgenutzt, um Menschen zu schikanieren! Pure Diskriminierung! Und bevor jetzt Menschen kommen und sagen: ‚Die Polizisten haben richtig gehandelt!‘ Man hat immer gut Reden, wenn man nicht selbst betroffen ist!“, so Ünal. Jeder, der mal aufgrund seines Aussehens, seiner Herkunft oder Religion diskriminiert worden sei, wisse, wovon Ünal spreche. Über 3.500 Menschen haben Ünals Augenzeugenbericht mittlerweile geteilt.

Kein neues Problem

Institutioneller Rassismus wurde nicht erst in der Silvesternacht erfunden. Spätestens seit der Selbstenttarnung des NSU-Netzwerks im Jahr 2011 steht die Gesellschaft vor der Frage, wie verankert Rassismus auch in deutschen Behörden und Medien ist. Dass nun seit der vergangenen Silvesternacht eine gesamtgesellschaftliche Debatte über Racial Profiling, also Kontrollen aufgrund des Aussehens, geführt wird, stößt parteiübergreifend auf Kritik. Jens Spahn, Mitglied im CDU-Vorstand, führte aus, dass keiner über das eigentliche Problem diskutieren würde. Nach Spahns Ansicht sei das Problem „sexuelle Übergriffe durch junge Nordafrikaner“. Kürzlich ging er sogar noch einen Schritt weiter und behauptete, die Polizei habe sexuelle Gewalt gegen Frauen mit den Maßnahmen verhindert.

Ganz anders sieht das Özlem Alev Demirel, Landessprecherin der Linken in NRW. Sie kritisiert grundsätzlich, dass Racial Profiling diskriminierend sei, es verletze den Gleichbehandlungsgrundsatz im dritten Artikel des Grundgesetzes. Tahir Della von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland sagte gegenüber dem *Neuen Deutschland*, dass die Polizei auch die Aufgabe habe, Menschen- und Grundrechte zu schützen. Komme sie dieser Aufgabe im Alltag nicht nach „wächst das Misstrauen gegenüber Polizei und Justiz und die Betroffenen fühlen sich von diesen Behörden nicht geschützt.“ Auch er sieht einen strukturellen Rassismus in deutschen Behörden und Institutionen. Entgegen der Äußerungen von Jens Spahn befindet die Organisation *Feminismus im Pott*, „dass trotz der Wut über die gewalttätigen Übergriffe der Kampf gegen Rassismus an gleicher Stelle stehen muss, wie der gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt.“ Dafür hatte auch eine feministische Demonstration am 8. März 2016 in Köln mobil gemacht. 3.500 Menschen gingen gegen Rassismus und für Feminismus auf die Straße.

Die Kritik an Polizeiarbeit wird in der derzeitigen Debatte häufig als absolut wahrgenommen. Entweder man ist für oder gegen das Handeln der Einsatzkräfte. Dabei sehen Kritiker*innen die verschiedenen Maßnahmen differenzierter. Sie sprechen sich für Hilfe von Betroffenen aber gegen eine Kriminalisierung von anderen Gruppen aus. Lilli Boheme von *Feminismus im Pott* lobt beispielsweise auch Teile des Sicherheitskonzepts der Stadt Köln am Silvesterabend: „Insbesondere die Zusatzbeleuchtung für dunkle Ecken und die Hilfs- und Beratungsangebote für Mädchen, Frauen und Jugendliche, denn Schutzräume und eine Anlaufstelle für akute Notfälle sind sehr wichtig.“ Solche Maßnahmen sollten ihrer Meinung nach für alle Städte Status Quo werden, auch wenn sie nur am Symptom und nicht der Ursache des Problems ansetzen. „Langfristig sollte zusätzlich durch Aufklärungsarbeit dafür gesorgt werden, dass sexuelle oder gewalttätige Übergriffe gar nicht erst passieren“, sagt Boheme. Das gehe aber nur durch Verstärkung von Kampagnen gegen sexuelle Gewalt und der Einbeziehung und Sensibilisierung aller Menschen.

Zudem hat sich in der Folge der Debatte um Racial Profiling ergeben, dass es sich um alltägliche polizeiliche Praxis handelt. So berichten zwei Autor*innen aus Berlin bei *Jetzt.de* über ihre Erfahrungen. Temye Tesfu gibt in seiner Darstellung an, dass er „ausnahmslos immer“ damit rechne, von der Polizei kontrolliert zu werden. Das geschehe an dafür besonders typischen Orten: an Bahnhöfen oder in Zügen. Einmal sei er am Kasseler Bahnhof kontrolliert worden, in Eile gewesen und habe die Polizei gefragt, warum ausgerechnet er kontrolliert würde. Die Antwort: „Sie passen halt ins Raster.“ Auch er gibt an: „Der Rassismus in unserer Gesellschaft ist strukturell und bis zur Unsichtbarkeit verankert und diese



Feminismus statt Rassismus: Demonstration zum Frauen*kampftag im März 2016. (Foto: mac)

Art von Polizei-Kontrolle ist da nur ein Symptom.“

Die zweite Autorin, Sandhya Kambhampati, eine US-amerikanische Datenjournalistin, derzeit für *correctiv.org* tätig, sei bereits 23 Mal von der Polizei kontrolliert worden. Sie recherchierte zum Thema und stellte fest, „dass das Thema von der Polizei offiziell nicht erfasst wird, offiziell machen sie auch kein Racial Profiling. Sie sagen stattdessen, dass sie nur Leute überprüfen würden, die verdächtig aussehen.“ Daraufhin habe sie Nichtregierungsorganisationen gefragt, was sie zum Thema vorliegen hätten. Das Ergebnis: „Viele haben tatsächlich schon vor einigen Jahren Berichte über Racial Profiling angefertigt. Dass das ein Problem ist, ist also nicht neu“. Weil es keine Statistik dazu gebe, teile Kambhampati ihre Erfahrungen und versuche „quasi eine eigene Statistik auf die Beine zu stellen“. Sie wolle wissen, wie groß das Problem sei, um anschließend „besser darüber [zu] diskutieren, wie man es lösen kann.“

Rassistische Instrumentalisierung

Die extreme Rechte versucht derweil bis heute die Geschehnisse zu instrumentalisieren. Sowohl NPD als auch AfD versuchten durch die Anmeldung einer Demonstration am Silvesterabend politisches Kapital aus den Ereignissen von 15/16 zu schlagen. Die NPD konnte sich vor Gericht nicht durchsetzen, die AfD zog ihre Anmeldung zurück. Ester Seitz und die extrem rechte Partei Pro NRW zogen am Samstag, 7. Januar 2017, dennoch mit etwa 50 Teilnehmenden durch die Stadt. Der Gegendemonstration von Köln gegen Rechts schlossen sich mehrere hundert Menschen an. Das Bündnis zog ein positives Fazit: Trotz des hohen Polizeiaufgebots wurden Seitz und Pro NRW erheblich gestört. Sie kritisierten jedoch die Polizei für einen Kessel, in dem rund 200 Menschen festgehalten wurden.

Zudem hat auch die neonazistische Gruppe Köln für deutschen Sozialismus um Jan Fartas eine Demonstration für den 14. Januar 2017 am

Deutzer Bahnhof angekündigt. Die militante Neonazi-Szene will am Samstag, 14. Januar, zum Polizeipräsidium ziehen. Im Aufruf wird die Ausrichtung der Versammlung deutlich, darin werden Migrant*innen als „aggressive, raubende, vergewaltigende und rassfremde Zuwanderer“ bezeichnet. Zudem wird explizit darum gebeten, Fahnen in Anlehnung zum Nationalsozialismus mitzubringen. Das Bündnis Köln gegen Rechts hofft indes darauf, dass „gegen den Aufmarsch hunderter militanter Neonazis in Köln Deutz, am Ottoplatz, um 13.30 Uhr, umso mehr Menschen ihren Protest auf die Straße tragen.“ [rod/mac]

Köln kurzgefasst

Silvester 15/16 : Etwa 143 Kölner Polizeibeamt*innen und 70 Bundespolizist*innen waren in der Kölner Innenstadt und um den Hauptbahnhof im Einsatz. Insgesamt gingen bis Mitte 2016 1.182 Strafanzeigen ein – 497 davon wegen Sexualdelikten, ein großer Teil wegen Diebstahls. In fünf Fällen wurde eine Vergewaltigung, in 14 Fällen eine versuchte Vergewaltigung angezeigt. Insgesamt wurden 183 Männer beschuldigt. Ein parlamentarischer Ausschuss untersucht seit dem 18. Februar die Vorfälle der Silvesternacht.

Silvester 16/17: 1.500 Polizist*innen waren in der Kölner Innenstadt im Einsatz. Absperrgitter verhinderten den direkten Zugang auf die ausgeleuchtete Domplatte, es gab Taschen- und Einlasskontrollen. Die Bundespolizei stoppte am Deutzer Bahnhof einen Zug und kontrollierte 300 Personen. Vor dem Hauptbahnhof sollen verschiedenen Angaben zufolge bis zu 1.000 Männer wegen ihres Aussehens teils stundenlang eingekesselt gewesen sein. Es gab sechs Festnahmen und 900 Platzverweise. Bislang wurden zwei sexuelle Übergriffe und sechs Diebstähle angezeigt.

Bilden!

351ff.



Verhandlungstag 351 und kein Ende in Sicht. Die juristische Aufarbeitung des NSU-Komplexes am Oberlandesgericht München dauert seit 2013 an und lässt einen tief in den Abgrund von institutionellen Rassismus und Verstrickungen des Verfassungsschutzes blicken. Während Auszüge aus den Protokollen des NSU-Prozesses, der NSU-Untersuchungsausschüsse sowie Zitate verschiedener Zeitungsartikel vorgetragen werden, sorgen Kunsu Shim und Gerhard Stäbler für musikalische Untermauerung.

↗ **Mittwoch, 11.01., EarPort Duisburg, Philosophenweg 16, Tickets 12 Euro (ermäßigt 7 Euro)**

Noch mehr bilden!

DITIB - Marionetten Erdogans?

Im nördlich gelegenen Duisburger Stadtteil Marxloh steht eine der größten Moscheen Deutschlands. Auch sie gehört zum bundesweiten Dachverband DITIB, der die religiösen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten der Moscheegemeinden koordiniert. Welchen Einfluss der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und seine islamisch-konservative AKP auf die Glaubenshäuser haben, erfährt ihr am Donnerstag in einem Vortrag.

↗ **Donnerstag, 12.01., ab 18 Uhr, AStA-Keller, Campus Duisburg, Eintritt frei**

Ballern!

HGich.T

Tanzwütige Nachtschwärmer*innen und Dancefloor-Huldigende aufgepasst: Am Freitag wartet HGich.T auf euch, um euch mit erstklassig-elektrifizierenden Beats den inneren Tanzbären aus der postweihnachtlichen Lethargie zu erwecken! Die Gruppe, die vor allem mit ihren wahren Texten auf sich aufmerksam macht, tanzt die Bässe in Schwarzlicht. Beste Gelegenheit zum gemeinschaftlich-ekstatischem Ballern.

↗ **Freitag, 13.01., ab 20 Uhr, Weststadthalle Essen, Thea-Leymann-Str. 23, VVK 14 Euro**

(K)ein Rave im Iran

Seit dem 29. September ist der Dokumentationsfilm *Raving Iran* von Susanne Regina Meures an verschiedensten Orten der Welt zu sehen. Zwei DJs werden von der Regisseurin bei ihrem Versuch begleitet, im Iran und später in Europa aufzulegen. Meures visualisiert den Kampf mit dem restriktiven Regime und die Verdrängung der elektronischen Musikszene des Iran in den Untergrund, die Illegalität. Freitag, 13. Januar, ab 22 Uhr, wird der Film auf der Zeche Carl zu sehen sein. Anschließend sind die Protagonisten, Arash und Anoosh, auf der Aftershowparty zu hören.

Nachts, inmitten der iranischen Wüste nahe Teheran. Deep House strömt aus den Musikanlagen, wahrscheinlich auf Batterie. Menschen zucken extatisch, gepierct, bauchfrei, mit zum Tanz erhobenen Armen. Arash und Anoosh stehen konzentriert hinterm DJ-Pult, bewegen die Regler und damit die nackten Füße auf dem feinen Sand. Die Bilder wechseln sich schnell ab; Porträts der Ravernden folgen auf Naheinstellungen von zum Beat wippenden Armreifen, dann wird wieder die Gesamtszene gezeigt. Aufgelegt und elektronische Musik gehört wird überall auf der Welt – ob das politisch ist, entscheidet der Staat. Es ist hell geworden, durchgefeiert liegen die Übriggebliebenen des Wüstenraves auf dem Boden unter der gleißenden Sonne. Die Aufmachung reißt die Zuschauenden direkt in das Leben von Anoosh und Arash.

Die beiden Freunde, die sich „Blade & Beard“ nennen, machen seit Jahren gemeinsam Deep-House-Musik. In jedem Fall treibende Klänge: 125 Beats pro Minute. Die Alben des DJ-Kollektivs kommen größtenteils ohne Vocals aus. „Holland in my dreams“ lautet ein melancholischer Track vom Album „The Waves are Coming“, der die düster-hoffnungsvolle Gefühlswelt der Musiker ausdrückt: Bock auf europäische Partykultur, auf die Möglichkeit, legal aufzulegen, ihre Musik kommerziell zu vertreiben und mit weniger Angst vor willkürlichen Polizeikontrollen und damit einhergehender Gewalt, Freiheitsentzug und Geldstrafen belastet zu werden. „Ich will nach Berlin“, sagt Anoosh, der kurze Haare und Baggyhosen trägt. Die ausnahmslos englische Benennung der Alben und Titel drückt die Neigung gegenüber angelsächsisch-europäischer Kultur sowie dem Wunsch der Musiker aus, über die Grenzen des Irans hinaus ihre Musik zu verbreiten.

Die Dokumentation zeigt, auf welche Repression sie dabei im Iran stoßen. Für den Rave in der Wüste, von dem die Eingangsszene erzählt, mussten die Künstler tagelang heimlich die Musikanlage im Auto herumfahren. Der kommerzielle Vertrieb ihrer Alben muss genehmigt werden. Die Künstler stehen dabei einem riesigen bürokratischen Apparat gegenüber, der oft von Frauen* repräsentiert wird. In einer Szene steht Anoosh einer Verwaltungsbeamtin gegenüber, sie fragt nach, ob es „westliche“ Musik sei, ob Frauen* darin Vocals als Hauptstimme singen, ob sie auf dem Cover Piercings tragen. Dinge, die im Iran nicht zulässig

sind. Die Beamtin zeigt die Einbindung der iranischen Frauen* in ihre eigene Benachteiligung, ihre Schockiertheit demonstriert inwiefern sexistische Regeln, die religiös begründet als Normalität akzeptiert und verteidigt werden. Die DJs bekommen keine Genehmigung, ihre Musik verschicken sie per Hand – so gut es geht an den Behörden vorbei an Elektro-Fans aus der ganzen Welt. Eine Hausparty, auf der die Protagonisten auflegen, wird von der Polizei gestürmt, die teure und im Iran schwierig zu beschaffende Anlage wird konfisziert und Anoosh verhaftet. Er kommt auf Kautionsfrei, wissend, dass er seine Leidenschaft in diesem Land nicht ausdrücken darf, schon gar nicht kommerzialisiert.

Anderes Land, andere Regeln

Die Pläne nach Europa zu gehen werden konkreter als Anoosh und Arash das Angebot bekommen, in Zürich auf der Street Parade aufzulegen. Sie brauchen Geld, um den Flug zu bezahlen: wieder eine Genehmigung, ein Visum. Angedacht sind fünf Tage Aufenthalt, es steht aber im Raum, länger zu bleiben und in der Schweiz Asyl zu beantragen. Die Freunde diskutieren. Arash will das Land und seine Freunde, nicht dauerhaft verlassen. Anoosh muss sich, nachdem alles geklärt ist, in einer dramatisch-traurigen Szene von seiner augenscheinlichen Partnerin verabschieden, er weiß selbst nicht für wie lang. Vom Beifahrersitz aus filmt Meures lange Anooshs riesige dunkelbraune Augen, die fast nostalgisch blinzeln aus dem Fenster schauen auf dem Weg zum Flughafen. Dann freudiger Empfang in Zürich von den Veranstaltenden des größten Technofestivals Europas, um endlich legal aufzulegen zwischen exzentrischen Kostümen auf Schweizer Straßen. Pure Energie und Glücksgefühle auf Seiten des DJ-Kollektivs. Daraufhin die Bekundung von Anoosh, dass dies alles sei, was er wollte, dass es das so nicht gäbe im Iran: offener Exzess, öffentlich getragene kurze Kleidung, erlaubte elektronische Musik.

Deep House als Asylgrund?

Die Freunde sind sich unsicher, ob ihre Verfolgung durch schweizer Behörden ausreicht, um ihren Asylantrag angenommen wird. Also wieder Angst, wieder Bürokratie. In der letzten Szene inszeniert Meures Arash und Anoosh, wie sie nach dem Check-Out aus dem Hotel auf dem Weg zurück nach Teheran dem Züricher Taxifahrer sagen, er solle nicht zum Flughafen fahren. Damit endet der Film, der Abspann läuft ab. Im Hintergrund der Soundtrack des Films „Man O to“. Techno, der nicht von den Protagonisten komponiert ist, son-

dern vom DJ Nu. Nu's Song mutet viel „orientalischer“ an als die Musik von den Teheranern.

Meures zeigt in *Raving Iran* mit teilweise wirren Szenenwechseln, aber viel Mut zu langen, experimentellen Sequenzen und notgedrungen ungewöhnlichen Filmmethoden -Teile des Films wurden verdeckt oder mit einer Handykamera gedreht- den Alltag. Sie hinterlässt einen Eindruck von der Normalität in diesem Land, das keineswegs bloß ein Ort zu sein scheint, an dem pure Unterdrückung und Angst herrschen. Menschen wie Anoosh und Arash schaffen Freiräume, die



Anoosh und Arash wollen als DJs auflegen - aber ihre Kunst wird als „westlich“ unterdrückt. (Foto aus dem Film „Raving in Iran“ von Susanne Regina Meures)

aber immer wieder bedroht und zerstört werden. Die Sphäre der symbolischen Produktion, also von Filmen, Musik und Tanz ist vollkommen staatlich reguliert und unterliegt religiös legitimierter Kontrolle. Hier gilt nicht der freie Markt als ethisches Prinzip, sondern die Gebote Allahs.

Die Darstellung der Schweizer Zustände als absolute Freiheit durch Meures ist jedoch zu kritisieren. Die Schweiz ist noch lange kein Regime. Aber auch in Europa kämpfen Menschen täglich mit Bürokratie. Ebenso mit im politischen Prozess verhandelten, aber da von Wenigen beschlossen, oft restriktiven Gesetzen wie dem Asylrecht, das kontinuierlich ausgehöhlt wird. Und auch die im Film propagierte ökonomische Freiheit gilt nicht uneingeschränkt für alle – je nach sozialer Herkunft, Pass oder Diskriminierung anhand des Geschlechtes ist auch unter hiesigen Regierungen der Markt nicht für alle Menschen gleich zugänglich.

Die fehlende Möglichkeit zur freiheitlichen Ausübung der Interessen (wie Rave) im Iran wird von Meures derweil ebenso kritisiert wie die Beschränkung des Marktes. Sie impliziert aber, was Rezipient*innen wie Spiegel-Online so formulieren: „*Raving Iran* macht eindrücklich deutlich, was es wirklich bedeutet, in Freiheit leben zu dürfen.“

[lys]

Starker Stoff, großer Klang

Möglichkeiten, sich außerhalb des Studiums an der Universität Duisburg-Essen zu engagieren, gibt es zuhauf – sei es politisch, sozial oder musikalisch. In den kommenden Ausgaben wollen wir euch ein paar dieser Initiativen vorstellen. Den Anfang macht der Universitätschor Essen, der dieses Jahr sein 30-jähriges Jubiläum feiert.

Jeden Mittwochabend gegen halb acht wird es im alten Audimax am Essener Campus voll. Menschen unterschiedlichsten Alters versammeln sich um diese Zeit in dem großen Vorlesungssaal. Allerdings nicht wegen einer Lehrveranstaltung, sondern zur wöchentlichen Chorprobe. Während unter den Füßen der Anwesenden die U-Bahn wummert, wird sich eingesungen. Es geht die Tonleiter rauf und runter, man lockert und streckt sich. Für jene, die noch nie bei einer Chorprobe dabei gewesen sind, mag das auf den ersten Blick sowohl etwas seltsam klingen als auch aussehen. Für die Sänger*innen ist es jedoch wöchentliche Routine. Bereits seit 30 Jahren besteht der Essener Universitätschor, seit der Gründung durch den damaligen Kreuzkirch-Kantor Sigfried Scheytt im Jahr 1987. In diesem Jahr wird das Jubiläum mit Konzerten in der Philharmonie Essen und dem Theater in Duisburg gefeiert. Das musikalische Fundament liefern dabei die „Erste Walpurgisnacht op. 60“ von Felix Mendelssohn Bartholdy, „Eine Nacht auf dem kahlen Berge“ von Modest Mussorsky und „The Omen“ von Jerry Goldsmith.

Breites musikalisches Spektrum

Die Leitung des Chors hat seit 2001 Hermann Kruse inne, der die längste Zeit dieser Stelle treu geblieben ist. Der gebürtige Dortmunder ist überzeugt von „seinem“ Chor: „Beim Uni-Chor macht die Dirigententätigkeit so sehr Spaß, weil der Chor so leistungsstark ist und man mit ihm ganz unterschiedliche abwechslungsreiche Programme erarbeiten kann“. Stilistisch eindeutig einordnen lässt sich das musikalische Repertoire des Chors dementsprechend auch nicht: „Der Chor lässt sich nicht in eine Schublade zwängen. Mal ist es ein Requiem mit Orchester, mal eine Schlagerrevue, mal ein Jazzwerk“, bestätigt Kruse. Während beispielsweise 2012 „The Queen Symphony“ im Semesterprogramm stand, wurde im Wintersemester 2013 „Der Messias“ von Georg Friedrich Händel eingeübt oder im Sommersemester 2015 eine Auswahl griechischer Musikstücke von Mikis Theodorakis aufgeführt. Entsprechend der musikalischen Abwechslung ist auch der Chor selbst bunt gemischt. Derzeit sind etwa 170 Sänger*innen aktive Mitglieder, von denen in der Regel bis zu 140 bei Konzerten mitwirken.

An der falschen Adresse sind beim Chor all diejenigen, die gemäß der Bezeichnung „Universitätschor“ eine reine Studierendenansammlung erwarten. Denn das musikalische Angebot der Universität richtet sich auch an Mitarbeiter*innen, Ehemalige und externe Musikbegeisterte. Daher ist es nicht verwunderlich, dass der Essener Chor



„Annelies“ in der Alten Synagoge: 2015 gedachte der Uni-Chor der ermordeten Anne Frank. (Foto: Judith Schonnefeld)

geschätzt nur etwa 20 Prozent Studierende als Sänger*innen zählt. Für Kruse ist das dennoch eine gute Quote: „Im Vergleich zu vielen anderen Oratorienchören haben wir noch ein relativ niedriges Durchschnittsalter. Unser Altersspektrum reicht von 20 bis über 70“. Ein paar Chormitglieder seien auch tatsächlich schon seit der Gründung des Chors vor 30 Jahren mit dabei – und somit echte Koryphäen. „Der Chor würde ohne die ‚Älteren‘ auch gar nicht mehr existieren“, erläutert Kruse weiter, „gerade sie übernehmen die außermusikalischen Aufgaben wie Pressearbeit, Finanzen und andere organisatorische Angelegenheiten“. Das Alter der jeweiligen Mitglieder sei im Endeffekt aber auch irrelevant, findet Kruse: „Das Entscheidende ist doch die Atmosphäre und Leistungsfähigkeit – und das stimmt beides beim Uni-Chor“.

Getrenntes Proben, gemeinsames Musizieren

Diese abwechslungsreiche leistungsfähige Mischung schlägt sich auch in der Stimmenvielfalt wieder, wobei die Altstimme am stärksten besetzt ist und die Tenorstimme am wenigsten Mitglieder zu verzeichnen hat. Zum Ende jedes Semesters geht es regelmäßig zum Probenwochenende in eine Jugendherberge im Umkreis von Essen, um intensiv für die Semesterabschlusskonzerte zu proben und um sich etwas besser kennenzulernen. Denn während des Semesters bleiben die Stimmen meist unter sich. Auch die Proben werden oftmals getrennt abgehalten, zumindest für den ersten Teil des Abends. Hermann Kruse greift dabei auf seinen Pianisten zurück, der sich den Frauen*stimmen zuwendet, während Kruse mit den Männern* probt. Nach einer zwanzigminütigen Pause geht es in der Regel „unisono“ weiter. Der Klang, der dabei entsteht, ist bereits nach einigen Proben gewaltig und übertönt deutlich das Wummern der U-Bahn. Doch erst am Ende eines jeden Semesters wird das gesamte Potential des Chors ausgeschöpft, dann nämlich, wenn er gemeinsam mit einem Orchester auftritt. Engagements mit der Philharmonie Essen oder dem Universitätsorchester, wie auch wieder in diesem Jahr, seien dabei außergewöhnlich. Ein

absoluter Höhepunkt in der Konzerthistorie des Uni-Chors war der Auftritt in der Alten Synagoge Essen im Jahr 2015. Damals wurde das James Whitbourns Oratorium „Annelies“, das das Leben der Anne Frank behandelt, aufgeführt. Auch für Kruse war es ein besonderes Konzert: „Die Musik war so ergreifend, dass einige Chormitglieder nicht mehr mitsingen konnten“.

Von Hexen, Geistern und Dämonen

„Kommt mit Zacken und mit Gabeln, lärmn wir bei nächt'ger Weile durch die engen, durch die engen Felsenstrecken“ – singt der Uni-Chor in diesem Semester. Klingt eher nach einer Gruselgeschichte als nach einem Stück Musik. Der Text für „Die erste Walpurgisnacht“ von Mendelssohn stammt von keinem geringeren als von Johann Wolfgang von Goethe, der die Ballade 1799 verfasst hatte. 1833 erschuf Mendelssohn dann die gleichnamige Chorkantate. Gesungen wird von Teufeln und Druiden, von Drachen-Weibern und von Menschen-Wölfen. Ebenso mystisch und magisch geht es in der sinfonischen Dichtung „Eine Nacht auf dem kahlen Berge“ von Mussorsky zu, bei der der Tanz der Hexen in der Johannisnacht besungen wird. Um das düstere Semesterprogramm abzuschließen, wird in „The Omen“, benannt nach dem gleichnamigen Horrorfilm aus dem Jahr 1976, erneut Satan herbeigewünscht und Christus wiederum verwünscht. Der passende Programmtitle des Uni-Chors „Von Hexen, Geistern und Dämonen“ lässt auch nichts Anderes erwarten. Im kommenden Semester soll es dann wieder weniger gruselig zur Sache gehen, nämlich mit „The Armed Man – A Mass for Peace“ von Karl Jenkins. Darauf freut sich auch Hermann Kruse schon: „Es ist ein faszinierendes Stück mit Musik quer durch Stilrichtungen, Religionen und Kulturen und damit aktueller denn je“. [rat]

Info

Die Konzerte des Uni-Chors: Sonntag, 29. Januar, 16 Uhr, Theater Duisburg. Sonntag, 5. Februar, 11 Uhr, Philharmonie Essen.

Was soll schon schiefgehen?



2016 fandet ihr doof? 2017 kann also nur besser werden? Wir haben einen Blick in die Kristallkugel geworfen – und da sieht es gar nicht gut aus.

Film & Fernsehen

Das Jahr beginnt im Januar direkt mit einem TV-Kracher: Das *Dschungelcamp* bietet für ausgediente D-Promis die Möglichkeit, für kurze Zeit wieder ins Licht der Öffentlichkeit zu gelangen. Die Quoten gehen durch die Decke, RTL entschließt sich, die Staffel zu verlängern. Statt am 28. Januar ist das Finale erst am 21. Juni. Dschungelkönigin wird dieses Jahr Gina-Lisa Lohfink. Außerdem 2017: Der schlimme Streit zwischen Sarah und Pietro ist vergeben und vergessen. Die große Versöhnung steht an. RTL2 sendet die dreitägige Sondersendung *Alles für Alessio*.

Politik

Im Februar wird, wie sollte es anders sein, Frank-Walter Steinmeier (SPD) zum neuen Bundespräsidenten gewählt. Die AfD schafft bei den Wahlen den Sprung in die Landtage in NRW, Schleswig-Holstein und dem Saarland. Bei der Bundestagswahl erhält die Partei mit 43,9 Prozent die Mehrheit der Stimmen. Frauke Petry ernennt sich selbst zur Bundeskanzlerin. Nach ein bis zwei Verfassungsänderungen wird Frank-Walter Steinmeier wieder abgesetzt und geht als Bundespräsident mit der kürzesten Amtszeit in die Geschichte ein. Christian Wulff zeigt sich auf Twitter enttäuscht, den Titel abgeben zu müssen und sagt seine Gastprofessur an der Uni Duisburg-Essen kurzfristig ab. Neuer Bundespräsident wird Jür-

gen Elsässer. Nach einem Brandanschlag auf den Reichstag erklärt Petrys Ehemann Marcus Pretzell: „Das ist der Beginn des Gutmenschen-Aufstandes, sie werden jetzt losschlagen!“ Währenddessen gewinnt Marine Le Pen in Frankreich die Präsidentschaftswahl.

2017 wird Mauernbauen wieder Trend. In den USA lässt Donald Trump ein solches Bauwerk errichten, doch nicht nur zur Grenze nach Mexiko, sondern um das ganze Land. Damit wird die Chinesische Mauer als längstes Bauwerk der Welt abgelöst. Die chinesische Regierung ist empört, es beginnt ein Wettmauern auf beiden Seiten. Auch Russland und Europa lassen sich nicht lumpen und mauern fleißig mit. In einigen Ländern wird die Wehrpflicht durch die Mauerpflicht ersetzt.

Uni

Auch an der UDE ändert sich einiges. Nach langem Streit zwischen AStA und Studierendenwerk wurde der QR-Code auf dem Handy wieder abgeschafft. Stattdessen werden jetzt Mikrochips unter die Haut implantiert. „Das hat viele Vorteile“, wird der Leiter des Studierendensekretariats sagen. Der AStA äußert Bedenken wegen des Datenschutzes. In den Mensen wird das Tassenpfand auf zwei Euro erhöht. Das hält die Studierenden jedoch nicht davon ab, weiterhin die Trinkgefäße mit nach Hause zu nehmen. Das Pfand wird zur größten Einnahmequelle des Studierendenwerks, das daraufhin seine Forderung von 95 Euro auf 80 Euro pro Semester senkt.

Außerdem geht es 2017 für den AStA vor Gericht: Nachdem im vergangenen Jahr beim Prozess um den ehemaligen AStA die beiden Beschuldigten Boris S. und Oliver B. freigesprochen wurden, beginnt nun der Zivilprozess gegen S. und B.. Und der endet mit einem Paukenschlag: Nach 20-minütiger Sitzung werden die beiden Angeklagten freigesprochen. S. und B. werden als neue AStA-Vorsitzende eingesetzt und beginnen jetzt sämtliche Referate und AStA-Institutionen in GmbHs umzuwandeln. Auch die aktuell wird ausgegliedert. Aufgrund der vielen anfallenden Abfindungszahlungen wird der AStA-Beitrag von 13 auf 30 Euro erhöht. Aber wenigstens endet das Jahr für aktuell-Redakteur*innen erfreulich. Von unseren Abfindungen machen wir einen ausgedehnten Winterurlaub auf Hawaii. Währenddessen streiten sich die Hochschullisten weiter wegen der Parkplatzsituation. **[dav]**

HIRNAKROBATIK

6		9		8	
	1		5	3	
		7	6	2	1
			7	5	4
7			9		6
1	2	6	4		
	5		4	9	6
		9	8		3
	7			1	
					4

WOHNHEIMGESCHICHTEN



Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht, Saskia Strasdat u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Meiko Huisman (mehu), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat)

V.i.S.d.P.: Robin Dullinge (rod)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@aktuell.de

Web: www.aktuell.de